



Dennis R. wurde im Eingangsbereich streng kontrolliert. Foto: Schaarschmidt

Geldstrafe auf Bewährung für Salafisten

An Infostand lag verbotenes islamistisches Buch aus

VON MICHAEL ZGOLL

Es waren ungewöhnlich viele Justizwachmeister im Amtsgericht zu sehen, doch das Verfahren gegen den Salafisten Dennis R. ging gestern störungsfrei über die Bühne. Angeklagt war der 26-Jährige wegen eines Verstoßes gegen den Jugendschutz. Im März 2014 hatte am Infostand am Kröpcke das Buch „Botschaft des Islam“ ausgelegt, das auf dem Index der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien steht. Als Vorsitzender des Vereins „Der Schlüssel zum Paradies“, so die Anklage, war R. für die Präsentation des verbotenen Werks verantwortlich. Ein Amtsrichter verurteilte ihn nun wegen des Zugänglichmachens jugendgefährdender Medien zu einer Verwarnung mit Strafbewehrung von 150 Euro; wenn der zum Islam konvertierte R. die nächsten zwei Jahre keine Straftat begeht, muss er die Geldstrafe nicht zahlen.

An jenem Sonntag fand wenige Meter neben dem Infostand eine Demonstration von rund 200 Salafisten statt. Die Polizei hatte zwar auch ein Auge auf den Büchertisch, doch dass dort mehrere Exemplare eines verbotenen Buchs lagen, fiel den Beamten nicht auf. Erst die Berichterstattung der HAZ, der Fotos der Auslage zugespielt worden waren, brachte die Ermittlungen gegen R. in Gang.

Der Staatsanwalt sagte, dass der in Linden lebende, nicht vorbestrafte Hartz-IV-Empfänger seine Prüfpflichten fahrlässig verletzt habe und forderte 250 Euro Geldstrafe. R.s Verteidiger plädierte auf Freispruch. Sein Mandant habe nicht gewusst, dass die „Botschaft des Islam“ auf dem Index steht; auch sei das Buch wesentlich ausgelegt worden. Der Richter aber wollte R. nicht aus der Verantwortung entlassen und verurteilte ihn zu 15 Tagessätzen à 10 Euro – auf Bewährung.

Anzeige



iOS Datentransfer

Fotos, Musik, Dokumente und weitere Dateien kinderleicht vom Windows-PC auf das iPad!
26.1.2015 | 16:30-19:00 Uhr

Jetzt anmelden! Tel. 08 00 / 12 34 311 oder my-mediastore.de/hannover/schulungen



Inklusive Gratis iPad-Bibel
228 Seiten geballtes Wissen

HAZ Media Store
Schulungen

Behinderungen im Zooviertel

Autofahrer müssen bis auf Weiteres im Zooviertel Behinderungen im Bereich der Clausewitzstraße in Kauf nehmen. In Höhe der Kleefeldstraße wird die Ampelanlage neu gebaut. Deswegen muss die Straße an dieser Stelle halbseitig gesperrt werden. Der Verkehr wird einseitig an der Baustelle vorbei geleitet. Die Arbeiten sollen bis zum 6. März abgeschlossen sein. Ortskundigen Verkehrsteilnehmern wird empfohlen, die Ampelbaustelle möglichst weiträumig zu umfahren. tm

HAZ-LESERFORUM

Haben Sie etwas auf dem Herzen, oder wollen Sie uns auf ein Thema aufmerksam machen? Dann rufen Sie uns doch an. Heute von 14 bis 15 Uhr erreichen Sie:

Albrecht Scheuermann,
Wirtschaftsredakteur
(05 11) 5 18-58 08



„Es brennt bei der Feuerwehr“

Regionsbrandmeister Mensing will mit den Kommunen das Ausbildungsproblem der Ehrenamtlichen lösen

VON JÖRN KIEBLER

Viele Feuerwehren in der Region Hannover können ihre heranwachsenden Führungskräfte nicht ausbilden. Grund dafür sind fehlende Kapazitäten an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK). Dort müssen Feuerwehrleute einen Lehrgang absolvieren, bevor sie bei ihrer Ortsfeuerwehr beispielsweise Truppführer oder Ausbilder werden können. „Leider gibt es dort aber nicht genug Personal und Plätze, um unseren Bedarf zu decken“, sagt der hannoversche Regionsbrand-

meister Karl-Heinz Mensing. „Seit Jahren wird die Zielvorgabe von 75 Prozent nicht erfüllt.“ Nach Informationen des Innenministeriums fanden seit 2010 aber tatsächlich nur 50 bis 63 Prozent der von den ehrenamtlichen Feuerwehren beantragten Lehrgänge statt.

Dieses Problem war dem Land offenbar schon länger bekannt. „Die gegenwärtige Schulkapazität kann seit Jahren den Bedarf der Kommunen nicht decken“, sagte Innenminister Boris Pistorius (SPD) gestern nach einer mündlichen Anfrage im Landtag. Die CDU hatte sich erkundigt, was die Landesregierung un-

ternehmen wolle, um den Notstand an der Landesfeuerweherschule zu beheben. Zwar hat die Landesregierung ein zum Haushalt 2014 verabschiedetes Stellenhebungsprogramm schnell umgesetzt, mehr als die Hälfte der Lehrkräfte befördert und zahlt ihnen seit dem vergangenen Jahr eine Zulage, der Abwärtstrend konnte damit jedoch offenbar nicht gestoppt werden.

Stattdessen steigt der Bedarf bei den ehrenamtlichen Rettern, da viele Führungskräfte bereits nach einer Amtsperiode ihren Posten abgeben und neue Nachfolger ausgebildet werden müssen.

„Das schlägt sich auch in der Auslastung der Unterkünfte nieder, in denen die Feuerwehrleute während der Lehrgänge wohnen“, sagt Mensing.

Die NABK hat darauf reagiert und will im Jahr 2020 die Landesfeuerweherschule erweitern. Ab dann sollen Lehrgänge auch auf dem ehemaligen Bundeswehrgelände im Celler Stadtteil Scheuen stattfinden. „Das liegt aber noch zu weit in der Zukunft“, sagt Mensing und fügt an: „Es brennt bei der Feuerwehr.“ Jetzt will er versuchen, mit Land, Region und Kommunen eine kurzfristige Lösung zu finden.

Häufigere Kontrollen – mehr Knöllchen

Üstra erlappt 63 870 Schwarzfahrer

VON BERND HASE

Erstmals seit einiger Zeit hat die Üstra 2014 mehr Schwarzfahrer erlappt als im Jahr zuvor. Waren es 2013 noch 56 730 Fahrgäste, die ohne gültigen Fahrschein in Bussen und Bahnen angetroffen wurden, weist die Statistik für die vergangenen zwölf Monate 63 870 aus. Das entspricht einem Zuwachs von zwölf Prozent. „Wir haben mehr kontrolliert“, nennt Unternehmenssprecher Udo Iwannek den Grund. Das wird deutlich, wenn man die Schwarzfahrerquote betrachtet, also das Verhältnis von kontrollierten zu erlappten Fahrgästen. Sie liegt unverändert bei knapp zwei Prozent.

Einen Spitzenwert bedeutet das Ergebnis von 2014 bei Weitem nicht. Mitte der Neunzigerjahre mussten noch bis zu 90 000 Fahrgäste das sogenannte erhöhte Beförderungsentgelt zahlen. Danach hat die Üstra die Kontrollen massiv verstärkt. „Mit den Prüfungen wollen wir nicht möglichst viele Schwarzfahrer erwischen, sondern vor allem die Zahlungsmoral derjenigen stärken, die den Nahverkehr nutzen.“ Aus Befragungen wisse man, dass die große Mehrheit der Fahrgäste die Prüfungen begrüßen, weil sie für Gerechtigkeit sorgen und das allgemeine Sicherheitsgefühl stärken.

Insgesamt überprüften die Kontrolleure im vergangenen Jahr 3,2 Millionen Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder; 2013 waren es 2,85 Millionen. Dabei ist die Zahl der bei der Üstra und ihrer Tochter Protec eingesetzten Prüfer mit 62 konstant geblieben. „Einige Langzeiterkrankte sind in den Dienst zurückgekehrt, außerdem waren einige Kontrolleure zwischenzeitlich mit Serviceaufgaben beschäftigt“, sagt Iwannek.

Die Zahl der Wiederholungstäter, gegen die das Unternehmen Strafantrag stellt, blieb mit 7250 im Vergleich zu 2013 in etwa konstant. Insgesamt nahm die Üstra 1,2 Millionen Euro durch die erhöhten Beförderungsentgelte ein. Diese Summe könnte sich künftig steigern. Der Gesetzgeber will den bundeweit einheitlich geregelten Betrag für Knöllchen von 40 auf 60 Euro erhöhen.

THEMA DES TAGES

„Hannoveraner“ im rechten Zwielficht

Pistorius benennt Rechtsextreme bei Hagida-Aufmarsch / Wählergemeinschaft kommt in Erklärungsnot

VON ANDREAS SCHINKEL UND TOBIAS MORCHNER

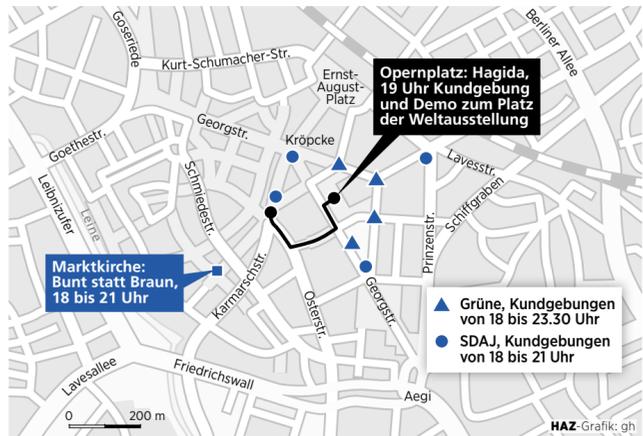
Der Aufmarsch der islamkritischen Hagida-Gruppe am Montag in der City wird voraussichtlich erneut etliche Rechtsextremisten anziehen – so wie vor knapp zwei Wochen. Aus einem Bericht von Innenminister Boris Pistorius (SPD) gestern im Landtag geht hervor, dass sich unter den rund 200 Demonstranten, die sich am 12. Januar unter dem Hagida-Banner auf dem Steintorplatz versammelten, „ein nicht unerheblicher Teil an Mitgliedern und Anhängern rechtsextremistischer Gruppierungen“ befunden hat. Pistorius zählt unter anderem die „German Defence League“ (GDL) dazu. Das wirft einen Schatten auf die Wählergruppe „Die Hannoveraner“, die mit einer zweiköpfigen Fraktion im Rat vertreten ist. Zwei Vorstandsmitglieder der „Hannoveraner“, Siegfried Schmitz und Kevin Schumann, sind Anhänger der GDL, die Pistorius nun als rechtsextrem einstuft.

Der „German Defence League“ werden bundesweit rund 100 Anhänger zugerechnet. Sie präsentieren sich auf ihrer Internetseite als standhafte Retter des Abendlandes und hetzen in sozialen Medien gegen den Islam. Der Journalist und Rechtsextremismus-Kenner Martin Burgdorf meint, dass die GDL auch bei Naziaufmärschen mitmische.

Erst kürzlich hatte sich „Hannoveraner“-Ratsherr Gerhard Wruck in seiner Internetkolumne gegen alle Nazi-Vorwürfe zur Wehr gesetzt. Entrüstet verkündete er, dass die Mitglieder seiner Wählergruppe „ihrem Selbstverständnis nach rechtskonservative Bürger“ seien. Das scheint angesichts der Einschätzung des Innenministers nur ein Teil der Wahrheit zu sein, vorsichtig ausgedrückt. Offenbar droht die Gruppe immer weiter nach rechts zu driften. Das liegt möglicherweise daran, dass die „Hannoveraner“ am rechten Rand Konkurrenz durch die Alternative für Deutschland (AfD) bekommen. Die AfD hat sich erst kürzlich in zwei Verbände, jeweils für Stadt und Region Hannover, aufgeteilt. Man arbeitet jetzt an einem Programm für die Kommunalwahl 2016, heißt es.

Fraktionschef Jens Böning bemüht sich um eine klare Haltung. „Wenn sich ein Mitglied in einer verfassungsfreundlichen Gruppe engagiert, dann hat er bei den ‚Hannoveranern‘ nichts verloren“, sagt er. Noch aber werde die GDL nicht vom Verfassungsschutz beobachtet, sagt Böning. Tatsächlich wird die GDL im Verfassungsschutzbericht bislang nicht erwähnt, wie ein Sprecher des Innenministeriums bestätigt.

■ **Hagida-Demo am Montag:** In vier Tagen soll es nun zur zweiten Auflage des islamfeindlichen Treffens in Hannover kommen. Die Polizei stellt sich bei ihren Vorbereitungen auch darauf ein, dass sich zahlreiche Anhänger der rechtsextremen Szene der Versammlung an-



schließen werden. Anders als beim ersten Hagida-Treffen sollen am Montag am Opernplatz auch Absperrgitter zum Einsatz kommen – insbesondere um den Zug der Islamgegner über die Windmühlenstraße zum Platz der Weltausstellung zu sichern. Gegen den hannoverschen Ab-

Bei ihrer ersten Demonstration war die islamkritische Hagida-Gruppe von einer großen Anzahl an Gegendemonstranten in ihrem Vormarsch gebremst worden. Auch der Zug am kommenden Montag wird von Hagida-Gegnern begleitet.

zialistische Deutsche Arbeiterjugend) organisiert. Darüber hinaus rufen linksautonome Gruppen erneut dazu auf, den Demozug von Hagida zu blockieren. Sie wollen den Opernplatz eine Stunde vor dem eigentlichen Beginn des Anti-Islam-Protests besetzen. Die Polizei hat angekündigt, diesen Protest konsequent unterbinden zu wollen.

An der Marktkirche versammeln sich ab 18 Uhr die Bündnispartner des Zusammenschlusses „Bunt statt Braun“. Im Gotteshaus wird zunächst ein interreligiöses Gebet abgehalten. Anschließend soll es vor der Kirche eine Kundgebung geben. Die Veranstalter rechnen mit etwa 3000 Teilnehmern. Nach dem Ende der Veranstaltung ist damit zu rechnen, dass viele Teilnehmer sich in Richtung Opernplatz auf den Weg machen, um dort gegen das Hagida-Treffen zu protestieren. Die Polizei will mit allen Mitteln ein Zusammentreffen der verschiedenen Gruppierungen verhindern.

Mehr Windparks, weniger Siedlungen

220 Bürger diskutieren das Regionalprogramm 2015 bis 2025

VON CONRAD VON MEDING

Wie soll sich die Region bis 2025 entwickeln? Wo darf sich Industrie entwickeln, wo Windparks und wo Wohngebiete? In wenigen Wochen starten die politischen Diskussionen, wenn die Region ihren Entwurf zum Raumordnungsprogramm für die Jahre 2015 bis 2025 vorlegt. In einem Diskussionsprozess aber laufen schon seit Monaten Bürgerbeteiligungen – 220 Besucher kamen jetzt ins Regionshaus zum vorläufigen Abschluss dieser Phase – und hatten reichlich Anregungen im Gepäck.

Zwei wichtige Daten nannte Regionsplanungsdezernent Prof. Axel Priebisch in seinem Eingangsstatement. Für Windkraftvorranggebiete, die bisher auf 0,8 Prozent der Regionsfläche eingerichtet sind, sollen künftig 1,2 Prozent der Fläche hergegeben werden, um den Anforderungen des Landes und der Regi-

onsmehrheit nach stärkerer Nutzung der erneuerbaren Energien zu folgen. Das seien „50 Prozent Steigerung des Flächenverbrauchs für Windkraftanlagen“, sagte Werner Backeberg, der als Uetzer Bürgermeister eine der Kommunen vertritt, die schon jetzt viele Windräder auf ihrem Gebiet haben. Man sperre sich nicht dagegen – aber man erwarte „Kompensation, zum Beispiel bei einer etwas großzügigeren Siedlungsentwicklung“, sagte Backeberg.

Genau das trifft den zweiten Punkt der Ankündigungen von Priebisch: Das Wachstum der Siedlungen in der Region werde künftig noch stärker begrenzt als im jüngsten Regionalen Raumordnungsprogramm (RRP) – dabei hatte schon der damalige Wert für Unruhe unter den Kommunen gesorgt. Um maximal 5 Prozent dürfen die Orte bisher für die zehnjährige Dauer eines Raumordnungsprogramms wachsen. Wenn sie verkehrs-

günstig etwa an S-Bahn-Stationen liegen, dann dürfen es auch 7 Prozent sein. Insgesamt acht Kommunen hätten in mehr als einem Ortsteil diese Wachstumsgrenzen nicht beachtet, berichtet Priebisch.

Was aber wünschen sich die Bürger vom neuen Raumordnungsprogramm? Größere Abstände der Windparks voneinander wurde in einer Arbeitsgruppe genannt und mehr Repowering, also Modernisierung der bestehenden Windkraftanlagen. Besserer Schienenverkehr war in zwei Arbeitsgruppen Thema: In der einen wurde ein Stadtbahnausbau bei Gehrden gefordert, in der anderen der Ausbau der letzten eingleisigen S-Bahn-Trassen. Dass die Raumordnung zu strikt sei, beklagte etwa eine Seelzeiner: In ihrer Stadt dürfe „nicht einmal ein Baumarkt errichtet werden“, weil das Raumordnungsprogramm keine großflächigen Ansiedlungen zulasse. René



Regionsumweltdezernent leitet die Diskussion in einer Arbeitsgruppe mit Bürgern. Foto: von Dittfurth

Hertwig vom Umweltverband BUND forderte, im neuen Raumordnungsprogramm eine 100-Meter-Schutzzone für Waldländer einzurichten und 10 Prozent der Regionsfläche für einen regionalen Biotopverbund zu reservieren.

Hannoversche Allgemeine

Gegründet 1893 von Dr. h. c. August Madsack
Herausgeber:
 Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG
 Geschäftsführung: Thomas Düffert (Vors.),
 Christoph Rüdiger, Marc Zeimetz
Chefredakteur:
 Hendrik Brandt
 Stellvertreterin: Hannah Suppa
 chefredaktion@haz.de - (05 11) 5 18-18 01

VERANTWORTLICH FÜR:
Nachrichten (Politik/Wirtschaft): Volker Goebel
 news@haz.de - (05 11) 5 18-18 01
Niedersachsen: Michael B. Berger
 niedersachsen@haz.de - (05 11) 5 18-18 24
Kultur/der 7. tag: Ronald Meyer-Art
 kultur@haz.de - (05 11) 5 18-18 32
Sport: Heiko Rehberg
 sport@haz.de - (05 11) 5 18-18 40
Region Hannover: Felix Harbart
 region@haz.de - (05 11) 5 18-18 52
 Landeshauptstadt Hannover und Stadtteile:
 Conrad v. Meding
 hannover@haz.de - (05 11) 5 18-18 52
Produktionsleitung: Birgit Dralle-Bürgel
 produktion@haz.de - (05 11) 5 18-17 70

Die HAZ erscheint in Zusammenarbeit mit dem
Redaktionsnetzwerk Deutschland
 Leitung: Matthias Koch
 Mitglied der Chefredaktion: Harald John; News Desk, Politik: Jörg Kallmeyer; Reportage: Susanne Iden; Wirtschaft: Stefan Winter; Service: Dany Schröder; Medien: Inna Grimm; Produktion/Design: Carina Peitsch; Michael Pohl; Koordination: Stefanie Gollasch
 Büro Berlin: Dieter Wonka; Büro Washington: Stefan Koch

Nachrichtengeneratoren: dpa, afp, sid, epd

ANZEIGEN:
 Günter Evert (verantwortl.)
 Verlag, Redaktion und Druck:
 Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG,
 August-Madsack-Str. 1, 30559 Hannover
 Postanschrift:
 30148 Hannover

Verlag (05 11) 5 18-0
 Kleinanzeigen Privatkunden 08 00-12 34 4 01*
 Kleinanzeigen Geschäftskunden 08 00-12 34 4 02*
 Anzeigenaufnahme im Internet www.haz.de
 Telefax Kleinanzeigen 08 00-12 34 4 10*
 Abonnentenservice 08 00-12 34 4 04*
 Telefax Abonnentenservice 08 00-12 34 4 09*

* Kostenlose Servicenummer
 HAZ-Online www.haz.de
 Twitter www.twitter.com/haz
 Facebook www.facebook.com/hannoverscheAllgemeine

Erscheinungsweise: werktäglich morgens. Monatlicher Bezugspreis bei Lieferung durch Zusteller für die gedruckte Zeitung 34,10 EUR (einschl. Zustellkosten und 7% = 2,23 EUR Mehrwertsteuer) oder durch die Post 37,60 EUR (einschl. Portanteil und 7% = 2,46 EUR Mehrwertsteuer). Zusätzlicher monatlicher Bezugspreis für das E-Paper und den Online-Zugang zu den den zahlungspflichtigen Inhalten auf hazz.de 2,00 EUR (einschl. 19% = 0,32 EUR Mehrwertsteuer). Für Kündigungen von Abonnements gilt eine Frist von sechs Wochen zum Quartalsende. Im Fall höherer Gewalt und bei Störung des Arbeitsfriedens kein Entschädigungsanspruch.
 Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Bilder und Bücher wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur, wenn Rückporto beigelegt ist. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist für das Mahnverfahren und im Verkehr zu Vollkaufleuten Hannover.
 Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitung ist in all ihren Teilen urheberrechtlich geschützt. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung durch den Verlag darf diese Zeitung oder alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen weder vervielfältigt noch verbreitet werden. Dies gilt ebenso für die Aufnahme in elektronische Datenbanksysteme und die Vervielfältigung auf CD-ROM.
 Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 74
 Amtl. Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover